

Fernverkehr gemäß dem Grundgesetz

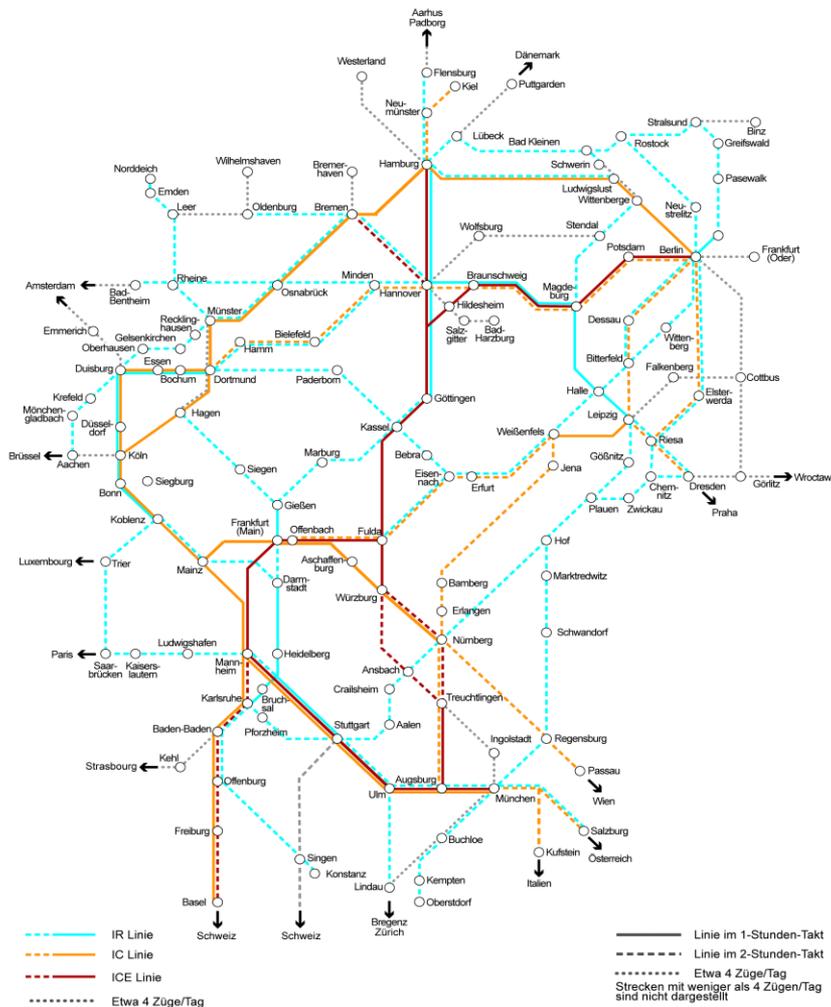
Das Grundgesetz, Art 87e, Abs.4 verpflichtet die Bundesregierung, einen dem Gemeinwohl dienenden Fernverkehr auf der Schiene zu gewährleisten.

Beitrag zu einem Fachgespräch im Deutschen Bundestag am 12. 9. 2011 auf Einladung der Fraktion „Die Linke“

Prof. Dipl.-Ing. Karl-Dieter Bodack

Die DB AG hat den Fernverkehr erheblich reduziert

Fernverkehr der DB AG
1996/97



Fernverkehr der DB AG
2009



Die Konsequenzen

Weniger Fernverkehr auf der Schiene

Im Vergleich der Jahre	2000	2006
Zugkilometer	176	152
Fahrgäste Mio. Personen	145	120
Personenkilometer	36,2	34,5
<i>Prognose 1992</i>	<i>42,7</i>	<i>48,8</i>

In Anbetracht vieler Milliarden Euro Investitionen in die Neubaustrecken und ICE-Züge ein miserables Ergebnis!

Bundesschienenpersonen- fernverkehrsgesetz

Im Jahre 2009 entwarf der Bundesrat einen Gesetzentwurf, der vorsieht, dass alle Oberzentren mindestens 6 mal je Tag und Richtung mit überregionalen Zügen bedient werden.

Der Entwurf wurde im Bundestag gelesen,
im Verkehrsausschuss diskutiert

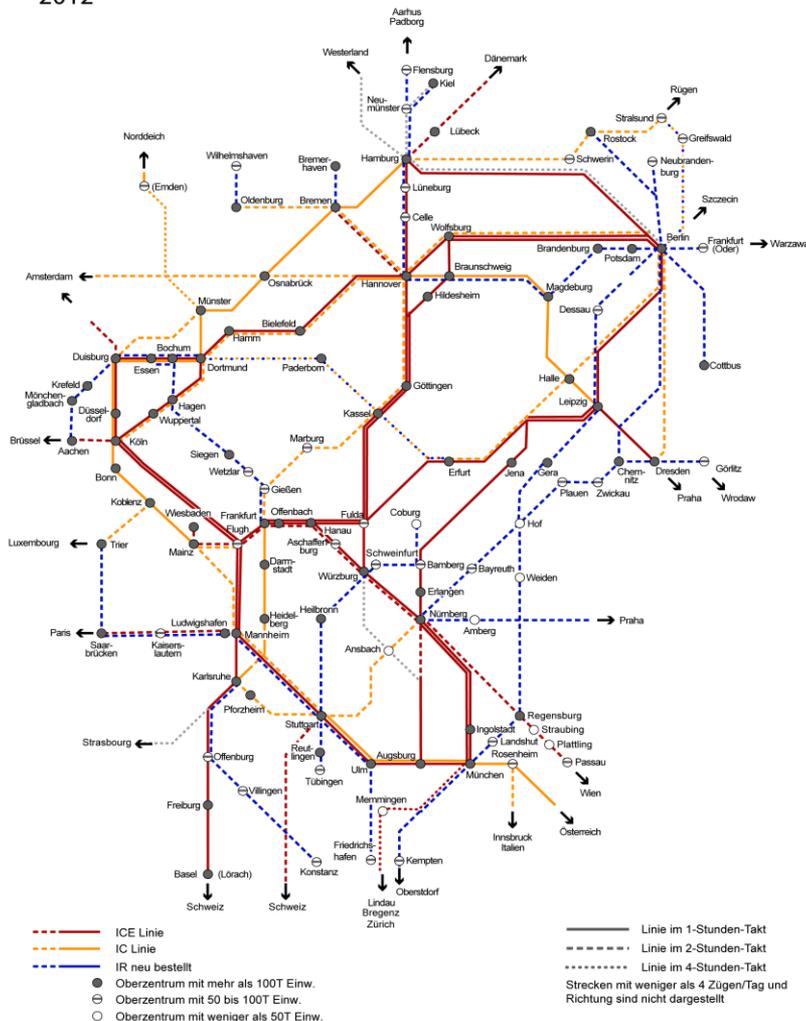
... und harrt weiterer Behandlung!

Der Gesetzentwurf fordert ...

Fernverkehr
2012

... die blau dargestellten neuen Fernverkehrslinien, damit die derzeit nicht bedienten 33 Oberzentren Fernverkehrszüge erhalten.

Dazu sind ca. 53 neue Züge erforderlich, die 300 Mio. € bzw. ca. 30 Mio. €/Jahr kosten dürften.



Mit einem solchen Netz ...

... würden die Wirtschaftsräume:

- Chemnitz/Plauen/Hof /Bayreuth,
- Rostock, Neubrandenburg,
- Aachen-Mönchengladbach-Krefeld,
- Siegen-Wetzlar-(Gießen),
- Villingen-Konstanz,
- Allgäu und Bodensee, sowie
- die Landeshauptstadt Potsdam

wieder taktgebundene Fernverkehrszüge erhalten.

Die Bundesregierung...

...sperrt sich gegen die Verabschiedung, da sie die Kosten, die Planung und die Auseinandersetzung mit der DB AG scheut

Ein Entwurf eines entsprechenden Fernverkehrsnetzes zeigt, dass zu Bedienung aller 105 Oberzentren neu 19,4 Mio. Zugkm notwendig wären, die vorauss. 70 Mio.€ erfordern würden.

Falls die Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs nicht gelingt ...

...wird vorgeschlagen, den Auftrag des GG dadurch zu erfüllen, dass der Bund mit der DB AG einen Vertrag zu Realisierung eines solchen Netzes abschließt.

Zur Abdeckung der voraussichtlichen Verluste könnte der DB AG für diese Zugleistungen die auf 7% reduzierte MWSt. (wie im Nahverkehr) zugestanden werden.

In diesem Vertrag ...

... müssten entsprechend dem „Postvertrag“ die Linien, Bedienungshäufigkeiten und Qualitätsmerkmale definiert sein.

Die um 12% reduzierte MWSt. reduziert die Steuereinnahmen um etwa 100 Mio. €/Jahr.

Die Länder sind daran beteiligt, gewinnen jedoch durch die Einsparung von RE-Zügen Mittel für die Bestellung von Regionalzügen.

Mehr Verkehr auf der Schiene

Mit den neuen 19,4 Mio. Zugkilometern

können zusätzlich 3.480 Mio. Personenkm
und weitere 27,8 Mio. Personenfahrten,

entsprechend 10% bzw. 22,5% Zuwachs
im Fernverkehr auf der Schiene erwartet
werden.